

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Uwe Schulz, Marc Bernhard, René Bochmann, Stephan Brandner, Thomas Dietz, Robert Farle, Kay Gottschalk, Mariana Harder-Kühnel, Karsten Hilse, Steffen Janich, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Norbert Kleinwächter, Mike Moncsek, Eugen Schmidt, René Springer, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung

– Drucksachen 20/1000, 20/1002, 20/1609, 20/1627, 20/1628 –

Entwurf eines Gesetzes

**über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022
(Haushaltsgesetz 2022)**

hier: Einzelplan 09

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

zu der Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes

über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022

– Drucksachen 20/1200, 20/1201 –

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Belastung unserer Bürger und Unternehmen mit Steuern und Abgaben ist im internationalen Vergleich seit langem zu hoch und verringert damit die wirtschaftliche Kraft unseres Landes. Hinzu kommen die massiven wirtschaftlichen Probleme, die sich aus den Corona-Maßnahmen und den Folgen des Ukraine-Kriegs ergeben. Deutschland droht in eine langanhaltende Stagnation, möglicherweise sogar in eine Rezession zu fallen.
2. Der starke Anstieg insbesondere der Energiepreise hat sich mittlerweile auch in den Verbraucherpreisen festgesetzt. Da ein schnelles und deutliches Handeln der EZB nicht erkennbar ist, drohen auch die Inflationserwartungen zu steigen. Die Gefahr der Ingangsetzung der Preis-Lohn-Preis-Spirale erhöht sich.

3. Um einer Stagflation zu entgehen, muss neben der EZB auch die Bundesregierung das ihr Mögliche tun, um die Inflation in den Griff zu bekommen und deshalb insbesondere für eine schnelle und dauerhafte Entlastung bei den staatlichen Bestandteilen der Energiepreise sorgen.
4. Dafür sind auf der Ausgabenseite des Bundeshaushalts die Voraussetzungen zu schaffen und unnötige Ausgaben zu streichen.

II. Der Deutsche Bundestag beschließt:

1. Der Einzelplan 09 soll einen maßgeblichen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen und zur Wiederherstellung konjunktur- und finanzpolitischer Handlungsspielräume des Bundes leisten.
2. Im Einzelplan 09 werden die folgenden Haushaltstitel ersatzlos gestrichen:
 - a) 0903-89641 Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland:
./ 595.945.000 Euro
 - b) 0904-89602 Wasserstoffstrategie Außenwirtschaft - Internationale Kooperation Wasserstoff
./ 352.500.000 Euro
 - c) 0903-68608 Reallabore der Energiewende
./ 113.327.000 Euro
 - d) 0903-53245 Internationale Zusammenarbeit
./ 26.480.000 Euro
 - e) 0902-68605 Fachkräftesicherung für kleine und mittlere Unternehmen
./ 22.518.000 Euro
3. Im Einzelplan 09 werden die folgenden Haushaltstitel wie folgt reduziert:
 - a) Die Haushaltsmittel des Titels 0903-68301 „Energieforschung“ werden auf 400 Mio. Euro beschränkt und umgewidmet für Forschung, Entwicklung und Investitionen in Kernenergie 4.0, synthetische Kraftstoffe und die Energieversorgungssicherheit
./ 199.913.000 Euro
 - b) Die Haushaltsmittel des Titels 0904-68705 „Erschließung von Auslandsmärkten“ werden mit 124.293.000 Euro auf die Größenordnung von 2021 beschränkt. Hierbei entfallen Fördermaßnahmen zur Verstärkung der Importabhängigkeit von Wasserstoffgas
./ 138.680.000 Euro
 - c) Da die Corona-Pandemie vorüber ist, sind die noch offenen Corona-Programme verzichtbar, so auch der Titel 0910-89205 „COVID-19-Programm: Förderung infektionsschutzgerechter raumlufttechnischer Anlagen (RLT-Anlagen)“. Mit Rücksicht auf bereits erteilte Förderbescheide wird das Programm lediglich um 50 Prozent reduziert
./ 102.009.000 Euro
4. Die eingesparten Haushaltsmittel werden nicht umgewidmet. Sie ermöglichen die Senkung der Steuer- und Abgabenlast für Bürger und Wirtschaft sowie die Sanierung des Bundeshaushalts und die Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse.

Berlin, den 25. Mai 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung

Die Belastung der Bürger in Deutschland ist nach einer Studie der OECD die höchste weltweit. Deutschland ist hier in einem negativen Sinne „Weltmeister“.¹ Das Handelsblatt hat diese Studie am 29.04.2021 ausgewertet und festgestellt: „Ein Single mit Durchschnittsverdienst musste demnach im Vorjahr 38,9 Prozent seines Gehalts in Form von Steuern und Sozialbeiträgen an den Fiskus abführen. Das ist die höchste Belastung unter allen OECD-Ländern. Zum Vergleich: Der OECD-Schnitt liegt bei 24,9 Prozent“ und „Nirgends auf der Welt müssen Arbeitnehmer demnach so hohe Steuern und Beiträge abführen wie hierzulande.“ und: „Anders als oft behauptet werden auch Familien kräftig zur Kasse gebeten. Zumindest, sobald beide Ehepartner arbeiten.“

Die Belastung der Wirtschaft und speziell der Unternehmen durch Unternehmenssteuern sucht weltweit ebenfalls Seinesgleichen und lag laut statistischem Bundesamt mit durchschnittlich 30 Prozent im Jahr 2021 weit über dem internationalen Durchschnitt von 23,64 Prozent.²

Bereits seit November 2021 liegt die Inflation der Verbraucherpreise über 5 Prozent und ist bis April 2022 bereits auf 7,4 Prozent gestiegen.³ Ein weiterer Anstieg der Inflation wird allgemein angenommen, auch wenn die Bundesregierung bisher für das Gesamtjahr 2022 nur einen Anstieg von 6,1 Prozent zu prognostizieren wagt.⁴

Die inflationsbedingt steigenden Lebenshaltungskosten fallen bei Familien und Geringverdienern in besonders hohem Maße ins Gewicht, weil sie einen deutlich höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens hierfür aufwenden müssen. Genau diese Lebenshaltungskosten sind jedoch Gegenstand der zunehmend an Fahrt aufnehmenden Inflation. Diese bemisst sich an der Entwicklung des Verbraucherpreisindex, betrug im März 2022 bereits 7,3 Prozent und steigt vermutlich weiter an. Hauptsächlich hierfür sind die steigenden Strom- und Kraftstoffpreise. Die Energiepreise sind seit Anfang des Jahres zwischen 20 Prozent und 40 Prozent pro Monat gestiegen.⁵

Unternehmen leiden ebenfalls unter den steigenden Energiepreisen. In vielen energieintensiven Unternehmen musste die Produktion schon eingeschränkt oder gar eingestellt werden, da die hohen Energiepreise keinen wirtschaftlichen Betrieb mehr erlauben.⁶ Die hohen Steigerungen bei den Erzeugerpreisen sind ein sicherer Indikator dafür, dass es sich bei der hohen Inflation und den verbundenen Kaufkraftverlusten sowie Kostensteigerungen in Unternehmen nicht um ein vorübergehendes Phänomen handelt.

Die Erzeugerpreise stiegen im März dieses Jahres noch nie so stark wie seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949 um knapp 31 Prozent; wieder getrieben von Steigerungen der Energiepreise um 83 Prozent.⁷ Als Folge wird mit erheblichen Steigerungen der Verbraucherpreise gerechnet. Laut Erhebungen des Ifo-Instituts planen bspw. 94 Prozent der Nahrungsmittel-Einzelhändler Preiserhöhungen.⁸

Die hohe Inflation trifft auf ein sich laut Prognosen der Institute immer weiter sinkendes Wirtschaftswachstum. Auch die Bundesregierung hat vor kurzem in ihrer Frühjahrprojektion zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft ihre Wachstumsprognose für das Jahr 2022 von 3,6 Prozent auf 2,2 Prozent senken müssen.⁹

Ökonomen warnen seit Monaten davor, dass eine anhaltend hohe Inflation in Kombination mit einem sinkenden Wirtschaftswachstum in eine Stagflation wie in den frühen 1970er Jahren übergehen könnte. Als Stagflationsfälle bezeichnen Ökonomen das Problem, wonach die Keynesianischen konjunkturpolitischen Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale nicht mehr anwendbar sind. So reizen staatliche Ausgabenprogramme zwar geringfügig das Wirtschaftswachstum an, sie verstärken allerdings gleichzeitig durch ihre nachfragesteigernde Wirkung den Inflationsdruck, insbesondere in der Bauwirtschaft. Umgekehrt verhält es sich mit geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken wie der Anhebung von

¹ www.handelsblatt.com/politik/deutschland/oecd-studie-die-hoechsten-steuern-und-abgaben-deutschland-ist-weltmeister/27143260.html

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1225581/umfrage/unternehmenssteuern-ausgewaehlter-laendern/#:~:text=In%20Deutschland%20lag%20der%20Unternehmenssteuersatz,weltweiten%20Trend%20zu%20sinkenden%20Unternehmenssteuers%20C3%A4tzen>

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1045/umfrage/inflationsrate-in-deutschland-veraenderung-des-verbraucherpreisindex-zum-vorjahresmonat/#:~:text=Monatliche%20Inflationsrate%20in%20Deutschland%20bis%20April%202022&text=Im%20April%202022%20stiegen%20die,Wert%20um%207%2C4%20Prozent>

⁴ www.zeit.de/wirtschaft/2022-04/inflation-in-deutschland-steigt-voraussichtlich-auf-7-4-prozent#:~:text=Bundesregierung%20rechnet%20P%20C3%BC%202022%20mit%20Inflation%20von%206%2C1%20Prozent

⁵ www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/04/PD22_182_611.html#:~:text=WIESBADEN%20%E2%80%93%20Die%20Inflationsrate%20in%20Deutschland,%20B7%2C3%20%25%20gelegen

⁶ www.energate-messenger.de/news/220729/erste-produktionsstopps-durch-energiepreiskrise

⁷ www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/04/PD22_172_61241.html;jsessionid=7B2A6345DF257BE985EC2D6E4866BADD.live!742

⁸ www.ifo.de/node/68771

⁹ www.focus.de/finanzen/boerse/konjunktur/dgb-chef-fordert-inflationsausgleich-doch-das-birgt-gefahren_id_90365448.html

Leitzinsen. Zwar bekämpfen Zinserhöhungen in einem gewissen Rahmen und mit gewisser zeitlicher Verzögerung die Inflation, allerdings tun sie dies über die Dämpfung des Wirtschaftswachstums bzw. Erhöhung der Finanzierungskosten von Unternehmen und Verbrauchern. Unabhängig davon lastet auf der Keynesianischen Wirtschaftspolitik grundsätzlich das Problem der Anreizinkompatibilität, welches zwingend stets zu Wohlfahrtsverlusten führt und als eigentliche Ursache für die o.g. Phänomene angesehen werden muss.

Konjunkturpolitisch ist es daher geboten, im Zusammenspiel mit der geplanten Anhebung der Leitzinsen den wachstumssenkenden Effekt dieser geldpolitischen Maßnahme über wachstumsanreizende Maßnahmen ohne inflationären Druck auszugleichen - mit fiskalpolitischen Entlastungen der Bürger und Unternehmen, zum Beispiel Steuerentlastungen unter Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse.

Seit dem Beginn der sogenannten „Bankenrettung“ sind die Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts von 1578 Mrd. Euro (2008) auf 2320 Mrd. Euro (2021) gestiegen.¹⁰ In Folge der Corona-Pandemie sind die Schulden von 1899 Mrd. Euro (2019) auf 2172 Mrd. Euro (2020) emporgeschnellt.¹¹

Hinzu kommen jedoch weitere Schulden und Finanzierungsrisiken auf europäischer Ebene. Der EU-Kommission wurde 2020 eine eigene Verschuldung von 800 Mrd. Euro zugestanden und Deutschland haftet anteilig für Risiken aus Euro-Rettungsschirmen, allein für den ESM mit 189,6 Mrd. Euro.^{12 13}

Für den Staatshaushalt von besonderer Bedeutung wird die Zinsentwicklung werden. Die EZB muss angesichts der zunehmend an Fahrt aufnehmenden chronischen Inflation die Zinsen erhöhen.¹⁴ Damit ist für den Bundesfinanzminister die angenehme Zeit der Nullzinsen absehbar vorüber. Zukünftig werden Staatsanleihen nicht mehr mit Nullzinsen oder gar einem Negativzins im Markt platzierbar sein. Bei einem Zinssatz von drei Prozent würden allein die 1549 Mrd. Euro Bundesschulden mittelfristig eine zusätzliche Zinsbelastung von über 46 Mrd. Euro pro Jahr bedeuten.

Die Schuldenpolitik Deutschlands, der EU und der EZB, verbunden mit der Nullzinspolitik der EZB sorgen über die Abschwächung des Euros insbesondere gegenüber dem Dollar für zusätzlichen Inflationsdruck und Verlust von Kaufkraft.

Ungeachtet der zunehmenden Verschuldung, den verbundenen Inflationsrisiken und der Schuldenbremse werden durch die Bundesregierung milliardenschwere Programme aufgelegt, statt dem Risiko einer möglichen Stagflation wirksam zu begegnen, also Potenziale für Steuerentlastungen zu schaffen und den Staatshaushalt unter Einhaltung der Regeln der Schuldenbremse konsequent zu konsolidieren.

Die öffentlichen Haushalte müssen drastischen Sparmaßnahmen unterzogen werden, hin zu einer klaren Fokussierung auf das notwendige Minimum, um die Potenziale für gebotene konjunkturpolitische Maßnahmen – in diesem Fall Steuererleichterungen – zu schaffen. Es ist klar zu unterscheiden zwischen unverzichtbaren Programmen zur Zukunftssicherung für wenige ausgewählte Schlüsselbereiche und verzichtbaren oder einschneidend zu kürzenden Schönwetter-Programmen. Vollständig zu streichen sind Haushaltstitel, die aufgrund einer verfehlten Ideologie den „Sozial-ökologischen Umbau“ der Gesellschaft und der Wirtschaft im Sinne einer sozialistischen Utopie verfolgen und hierdurch Deutschland als Wirtschaftsstandort unmöglich machen.

¹⁰ www.gold.de/staatsverschuldung-deutschland/#:~:text=Der%20Gesamtbetrag%20der%20deutschen%20Staatsverschuldung,Statistische%20Bundesamt%20am%2030.03.2022

¹¹ Statistisches Bundesamt, Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts - Fachserie 14 Reihe 5 - 2020

¹² www.handelsblatt.com/politik/international/konjunkturpaket-wie-die-eu-kommission-den-800-milliarden-schuldenberg-abtragen-will/27909338.html

¹³ www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/europaeischer-stabilitaetsmechanismus-esm.html

¹⁴ www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ezb-sendet-signale-im-juli-koennten-die-zinsen-steigen-17972678.html